



Presseschau vom 26.05.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/ nachts:

de.sputniknews.com: Moskau zum MH17-Fall: USA legten bislang keine Satellitenaufnahmen vor

Die USA haben Satellitenaufnahmen bislang nicht vorgelegt, von denen Washington gleich nach dem Absturz der malaysischen Boeing MH17 im Jahr 2014 über der Ostukraine gesprochen hatte. Das sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag in Moskau.

Sie machte ferner auf die Weigerung der Niederlande aufmerksam, den wichtigsten Umstand einzuschätzen, der die Tragödie möglich gemacht hatte. Es gehe darum, dass die ukrainischen Behörden den Luftraum über dem Konfliktgebiet für Zivilflüge nicht gesperrt hätten. Die ukrainische Seite sei auch nicht aufgefordert worden, Aufzeichnungen von Fluglotsengesprächen zur Verfügung zu stellen, kritisierte Sacharowa.

Ukrinform.ua: Chakrabarti: EBWE hat bereits € 12 Mrd. in Ukraine investiert und will weiter zusammenarbeiten

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) habe bereits 12 Milliarden Euro in die Ukraine investiert und sei bereit, weiterhin mit unserem Land zusammenzuarbeiten, erklärte heute in der Sitzung des Nationalen Investitionsrates beim Präsidenten der Ukraine, der EBWE-Präsident Suma Chakrabarti, berichtet ein Ukrinform-

Korrespondent.

„Die EBWE glaubt an die Ukraine. Wir haben am meisten Mittel in Ihr Land investiert - 12 Milliarden Euro, der Großteil der Investitionen entfiel auf die letzten Jahre“, sagte der Präsident der EBWE.

Unter den Herausforderungen der Ukraine, die die Ukraine überwinden muss, nannte er geringe Arbeitsproduktivität und Personalabgang.

„In der Ukraine arbeiten über 100 unsere Mitarbeiter. Wir sind bereit, weiterhin zusammenzuarbeiten und in vielen Bereichen zu investieren, insbesondere werden wir in privaten und kommunalen Sektor investieren. Ich glaube an die Ukraine. Je mehr es Investitionen geben wird, desto besser wird das Leben der Bürger werden“, hob Chakrabarti hervor.

Er rief Investoren zur langfristigen Partnerschaft mit der Ukraine auf.

de.sputniknews.com: Befreiung von „russischem Aggressor“?: Experte kommentiert Poroschenkos Aussichten

Der russische Politologe Denis Denissow hat in einem Gespräch mit dem russischen Sender RT die Erklärung des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko über seine Zukunftsvision für die nächsten fünf Jahre sowie über seinen Plan zur Befreiung der Ukraine vom

„Aggressor“ kommentiert.

„Solche Parolen kann man wie eine andauernde Wahlkampagne wahrnehmen. Eine andere Sache ist, dass die meisten Ukrainer diese Erklärungen Poroschenkos äußerst negativ auffassen werden, weil sie sich im Klaren sind, dass dieser Mensch lügt und versucht, weiter an der Macht zu bleiben... Es entsteht der Eindruck, dass Poroschenko selbst und seine politische Umgebung ihre Vorwahlversprechen während der vorherigen Wahlkampagne schon vergessen haben. Sie (die Versprechen – Anm. d. Red.) unterscheiden sich kaum davon, was jetzt gesagt wurde“, sagte Denissow.

Für den ukrainischen Staatschef entwickle sich die Situation nicht in bester Art und Weise, weil sein Beliebtheitsgrad ihm nur den vierten oder den fünften Platz bei der bevorstehenden Wahl erlaube.

Poroschenko habe aber keinen anderen Weg, als zu versuchen, wiedergewählt zu werden.

„Wird er nicht der nächste Präsident der Ukraine, hat er gar keine Zukunft. Weder eine politische noch als Geschäftsmann, weil es viele Menschen gibt, sowohl in der Ukraine als auch im Ausland, mit denen er sich schon zerstritten hat, denen er Business, politische Projekte oder Medien enteignet hat. Natürlich wird niemand ihn in Ruhe lassen. Sobald er sich von der Macht zurückzieht, wird er sofort von seinen ehemaligen Partnern ‚auf null gelöscht werden‘“, unterstrich Denissow.

Zuvor hatte Poroschenko erklärt, er habe eine klare Vision, was in den nächsten fünf Jahren zu tun sei, unter anderem, wie der Frieden in der Ukraine zu gewährleisten sei und wie man die Bemühungen um die Befreiung der Ukraine vom „Aggressor“ konsolidieren könne.

vormittags:

de.sputniknews.com: Russisches Verteidigungsamt sieht ukrainische „Handschrift“ in neuem MH17-Vortrag

Das Verteidigungsministerium Russlands hat sich mit dem Bericht von Bellingcat über den 2014 erfolgten Boeing-Abschuss im Osten der Ukraine vertraut gemacht und im Text die „Handschrift“ des ukrainischen Inlandsgeheimdiensts SBU erkannt. Dies eröffnete die Behörde dem Nachrichtensender RT.

Das Ministerium zweifelte an der Echtheit der im Bericht dargelegten Daten und wies insbesondere darauf hin, dass „die wegen ihrer Dummheit enttäuschenden Mutmaßungen der ‚Ermittler‘ auf der Simulation der Radioüberwachung eines Gesprächs zwischen nicht identifizierten Menschen basieren, welche die SBU bereits am Tag nach der Katastrophe veröffentlicht hatte“.

Die im Bericht erwähnten Offiziere seien längst vom Militärdienst entlassen worden und über ihre Tätigkeiten außerhalb der Streitkräfte sei nichts bekannt.

Die anderen „Beweise“ von Bellingcat können laut dem Ministerium überhaupt keiner Kritik standhalten.

„Vor allem gilt dies für die ‚Angaben‘ aus irgendeiner ‚Telefondatenbank‘ eines erloschenen Online-Shops, laut der eine ‚Laufmaske‘ an das Hauptquartier der GRU geliefert worden sein soll. Hinter solchen ‚Beweisen‘ kann selbst ein Laie die operative Handschrift und den dürftigen Intellekt der Vertreter des Inlandsgeheimdienstes der Ukraine leicht erkennen“, so das Verteidigungsministerium weiter.

Am Donnerstag hatte das internationale Ermittlerteam JIT behauptet, dass das Luftabwehrsystem, das im Juli 2014 die Boeing 777 der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 zum Absturz gebracht hatte, vom russischen Militär stammen soll. Russland hatte diese Erklärung zurückgewiesen.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 war am 17. Juli 2014 im umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der Verkehrsmaschine, die von Amsterdam nach Malaysia unterwegs war, kamen ums Leben. In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen warfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Molodjoshnoje, Kalinowka, Logwinowo und Schelobok**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: S-400-Deal: Putin verurteilt US-Druck auf Türkei

Über die Lieferung russischer Flugabwehrraketensysteme S-400 soll die Türkei selbst entscheiden und ein Druck der USA in dieser Frage ist unrechtmäßig. Das teilte Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit den Chefs von internationalen Nachrichtenagenturen im Rahmen des St. Petersburger Wirtschaftsforums mit.

„Die Türkei, ein Nato-Land, hat sich entschieden, die modernsten Militärsysteme, die ohne Übertreibung die weltweit besten ihrer Klasse sind, bei einem Nicht-Nato-Staat zu erwerben. Was ist denn dabei? Ist das eine Straftat?“, zitiert die türkische Agentur Anadolu den Präsidenten.

Dieses Verhalten gegenüber der Türkei sei „ungerecht“. Russland habe bereits Waffen an andere Mitglieder der Allianz geliefert wie beispielsweise die S-300-Komplexe an Griechenland.

„Welches Land hat denn das Recht, die Initiative eines unabhängigen Staates beim Ankauf von für die Sicherheit höchstrelevanten Waren zu beschränken, wenn er sie erwerben will?“, meinte der Präsident.

Russland und die Türkei hatten 2017 einen Kreditvertrag über die Lieferung von S-400-Komplexen unterzeichnet. Nach Angaben des Sekretariats der türkischen Rüstungsindustrie kauft Ankara zwei Batterien, die von türkischem Personal bedient werden sollen. Zudem wurde eine technologische Kooperation mit dem Ziel vereinbart, die Produktion von

Luftabwehrtechnik in der Türkei einzurichten.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 25. Mai 3:00 bis 26. Mai 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 14.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Werchnetorezikoje), Jasinowataja (Mineralnoje, Wasiljewka, Donezker Flughafen, Spartak), Alexandrowka (Losowoje), Dokutschajewsk, Telmanowo (Petrowskoje), Besymennoje (Dsershinskoje).**

Gestern Abend wurden aufgrund von **unvorsichtigem Umgang mit einem explosiven Objekt E.A. Grigorjew, geb. 2007, und D.S. Tschenjak, geb. 2008, Einwohner von Gorlowka, leicht verletzt.**

Es wurden Schäden an folgenden Wohnhäusern festgestellt:

in Sajzewo: Karbyschew-Straße 104 – eine Hauswand und eine Scheune zerstört, ein Zaun beschädigt;

in Gorlowka: Trubezkij-Straße 14 – Fassade, Verglasung, Zaun beschädigt;

in Dokutschajewsk: Zentralnaja-Straße 97, Wohnung 2 und 18 – Verglasung beschädigt;

Drushba-Straße 1 und Gornaja-Straße 17 – Gasleitungen beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 263.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 297.

de.sputniknews.com: Ziviles Leben kehrt nach Ost-Ghuta zurück – Schulen wieder geöffnet
Nach der Befreiung der Enklave Ost-Ghuta von militanten Islamisten sind die Schulen in den Städten wieder in Betrieb.

„Die Schulen wurden vor kurzem geöffnet. Der Staat hat uns Lehrbücher gegeben und wir haben sofort die Arbeit hier, in dieser Stadt, wieder aufgenommen. Die Kinder haben die Unterrichtsstunden vermisst, und es ist einfach und angenehm, ihnen etwas beizubringen. Ich habe früher in Harasta gearbeitet und war sehr glücklich darüber, hierher zurückkehren zu können“, sagte der Leiter der Bildungsabteilung von der befreiten Stadt Harasta in Ost-Ghuta, Ahmed Said Rustom, gegenüber Reportern.

Im April waren das Gebiet der Enklave Ost-Ghuta in der Nähe von Damaskus sowie Ost-Kalamun von Militanten befreit worden.

Ukrinform.ua: Macron nach Treffen mit Putin: EU wird Sanktionen gegen Russland ohne Fortschritt in der Ukraine nicht aufheben

Die Europäische Union werde die antirussischen Sanktionen ohne Fortschritte in der Ukraine nicht aufheben, erklärte am Freitag der französische Staatspräsident Emmanuel Macron auf einer Pressekonferenz in St. Petersburg nach dem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin, berichtet Reuters.

„Der Ball ist auf dem Feld von Russland und der Ukraine. Es ist so einfach. Wir werden die Sanktionen nicht aufheben, wenn nichts getan wird. Das ist, worüber wir mit Wladimir Putin gesprochen haben“, sagte Macron.

Die EU soll auf dem EU-Gipfel am 28./29. Juni über die Verlängerung der antirussischen Sanktionen entscheiden.

de.sputniknews.com: Putins Rat an Westen: „Rote Linie“ nicht überschreiten

Der russische Präsident Wladimir Putin hat beim St. Petersburger Wirtschaftsforum westliche Länder vor der Überschreitung der „roten Linie“ in den Beziehungen zu Russland gewarnt. Der Präsident rief den Westen zum Respekt gegenüber den Interessen Moskaus auf und drückte die Besorgnis aus, dass die Ausweitung der Nato eine Gefahr für Russland darstellen könne.

„Die Nato hat sich nicht nur den russischen Grenzen genähert. Wir haben den Verdacht, dass sie morgen auch die Ukraine einschließen und auch dort irgendwelche Radars und Flugabwehrsysteme stationieren wird“, sagte Putin.

Der Westen solle auch Russlands Interessen berücksichtigen und keine Grenzen überschreiten.

„Es gibt bestimmte Grenzen, verstehen Sie, eine ‚rote Linie‘, die man nicht überschreiten darf. Berücksichtigen Sie auch unsere Interessen“, fügte er hinzu.

Putin erinnerte an die Rolle des Westens im Staatsstreich in der Ukraine. Demzufolge hätten die westlichen Länder den gewaltigen Machtwechsel dort nicht unterstützen sollen – denn es gebe ohnehin „pro-westliche Politiker“ in der Ukraine, wie etwa der ehemalige Präsident Wiktor Juschtschenko oder die Leiterin der Parlamentsfraktion der Partei „Batkiwtschschina“ (dt. „Vaterland“) und Ex-Regierungschefin, Julia Timoschenko.

Das Internationale Petersburger Wirtschaftsforum findet in diesem Jahr von 24. bis 26. Mai statt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32087/82/320878297.jpg>

de.sputniknews.com: „Was ist der Unterschied“: SpaceX-Chef Musk verwechselt Russland und Ukraine

Ion Musk hat via Twitter Pläne für die Entwicklung eines neuen Projekts bekanntgegeben und dabei fälschlicherweise die Zeitung „Ukrainskaja Prawda“ als russisch bezeichnet.

er Unternehmer wollte die Domain Pravda.com kaufen, jedoch war die Seite bereits an die ukrainische Zeitung vergeben worden.

Ich wollte Pravda.com kaufen, aber Russland sagte „nein“. Es stellte sich heraus, dass sie (die Domain – Anm. d. Red.) bereits verwendet wird“, schrieb Musk.

Twitter-Nutzer haben den Fehler bemerkt und sich darüber amüsiert. „Russland oder die Ukraine, was ist der Unterschied?“, scherzte ein User.
Später stellte der SpaceX-Chef fest, dass er sich geirrt hatte.
„Wie sich herausstellte, gehört Pravda.com der Ukraine“.
Anschließend wurde sein neues Projekt auf Pravduh.com veröffentlicht.
Zuvor hatte Musk seine Absichten bekanntgegeben, einen Dienst zur Bekämpfung von Fälschungen in den Medien zu schaffen und ihn „Pravda“ zu nennen. Der Service soll gegen Bots vorgehen und unzuverlässige Materialien enttarnen.

**Dan-news.info: „Heute Morgen ist in der Folge von starkem böigen Wind die Stromversorgung im gesamten Nowoasowskij-Bezirk ausgefallen“, teilte die Bezirksverwaltung mit.
Mehr als 40 Ortschaften haben keinen Strom. Die Reparaturarbeiten sind für heute geplant.**

de.sputniknews.com: „Europa wird auf Souveränität getestet“ – Puschkow
Den Druck, den die USA auf die europäischen Länder in den internationalen Beziehungen ausüben, hat der Chef der Kommission für Informationspolitik im Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) Alexej Puschkow via Twitter als „Souveränitätstest“ bezeichnet.
„Macron bekennt sich zur Souveränität Frankreichs und Europas. Es bleibt abzuwarten, wie diese Souveränität dem Druck der USA bezüglich des Irans und der anderen Themen standhalten wird. An diesen Tagen wird die Souveränität Europas getestet“, so Puschkow in seinem Twitter-Account.
Am 8. Mai hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg aus dem Atom-Deal mit dem Iran angekündigt. Außerdem verkündete er, die USA würden alle Sanktionen wieder in Kraft setzen, die infolge des Atom-Deals aufgehoben worden seien. Betreffen soll das auch jene Länder, die Geschäftsbeziehungen zum Iran pflegen.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Treffen zwischen Staatschefs Nord- und Südkoreas stattgefunden
Der südkoreanische Präsident Moon Jae-in hat sich mit seinem nordkoreanischen Amtskollegen Kim Jong Un am Samstag getroffen, meldet die Agentur Reuters.
Moon und Kim trafen sich nördlich der stark militarisierten Grenze zwischen den beiden koreanischen Staaten, um Meinungen auszutauschen und das mögliche Gipfeltreffen des nordkoreanischen Staatschefs mit dem US-Präsidenten Donald Trump zu behandeln.
Das südkoreanische Staatsoberhaupt soll das Ergebnis seiner zweistündigen Unterredung mit dem nordkoreanischen Machthaber am Sonntagmorgen bekannt geben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32088/20/320882005.jpg>

de.sputniknews.com: „Keine staatliche Unterstützung von Doping in Russland“ – Russischer Sportminister

In Russland hat es nie sogenanntes Staatsdoping gegeben, teilte der russische Sportminister Pawel Kolobkow mit.

Am Freitag hatten mehrere Medien, darunter auch deutsche, unter Berufung auf die französische Zeitung „L'Equipe“ berichtet, dass Moskau erstmals systematisches Doping im Sport zugegeben hätte. Kolobkow entkräftete die Anschuldigungen, wonach es in Russland ein umfassendes Doping-System geben soll.

„Ich sage noch einmal, es hat in Russland kein staatlich unterstütztes Doping gegeben. Wir sind für sauberen Sport“, so der Minister.

In dem Brief an die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) habe Moskau sich zu einer Zusammenarbeit mit dem IOC bereit erklärt. Der Bericht des Wada-Sonderermittlers, Richard McLaren, erkenne Russland jedoch nicht an.

„In dem Brief schreiben wir, dass wir die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees akzeptieren, und dass wir für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen auftreten und zum Dialog bereit sind, da wir an einer gemeinsamen Entwicklung des Sports interessiert sind. Diese Entscheidung basierte auf Schlussfolgerungen von (dem Leiter der IOC-Untersuchungskommission, Samuel – Anm. d. Red.) Schmid. Mit McLarens Bericht sind wir jedoch nicht einverstanden, weil er ungerechtfertigte Schlüsse enthält“, zitieren Kolobkow russische Medien.

Der Minister berief sich auf die Entscheidung des Olympischen Komitees vom 5. Dezember 2017. Damals hatte das IOC Dopingmissbrauch in Russland als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 im südkoreanischen Pyeongchang ausgeschlossen sowie das russische Olympische Komitee disqualifiziert. Einige wenige russische Athleten durften zwar in Pyeongchang starten, doch nur unter neutraler Flagge.

„Russland hat also die IOC-Entscheidung akzeptiert und wir verstehen, dass das eine Annäherung zwischen dem IOC und uns ist. Denn Russland ist ein Teil des Weltsports und verdient es, an den Olympischen Spielen ebenso wie die anderen teilzunehmen“.

Nach einer Untersuchung des russischen Ermittlungskomitees sollen Maßnahmen gegen die Schuldigen getroffen werden.

„Wenn jemand bei uns an der Verletzung von Anti-Doping-Regeln Schuld ist, treten wir dafür

ein, gemeinsam mit den internationalen Organisationen diese Menschen zu bestrafen“, so der Minister.

2016 hatte die US-Zeitung „The New York Times“ Aussagen vom Ex-Leiter des Moskauer Anti-Doping-Labors, Grigori Rodtschenkow, über ein angebliches „Doping-System“ in Russland veröffentlicht. Das russische Ermittlungskomitee leitete ein Strafverfahren gegen Rodtschenkow ein, der sich in die USA abgesetzt hatte. Nach Angaben des Komitees hatte Rodtschenkow in seiner Zeit als Sportfunktionär selbst verbotene Substanzen unter Sportlern verbreitet.

Später wurde ein Bericht des Wada-Sonderermittlers, Richard McLaren, veröffentlicht, dem zufolge es in Russland ein umfassendes Doping-System gegeben hätte, von dem auch höchste Staatsbeamte gewusst hätten. McLaren berief sich dabei zum Teil auf Rodtschenkows Aussagen.

Die Wada-Ermittlung hatte dazu geführt, dass das IOC Dopingmissbrauch in Russland im Dezember 2017 als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen hatte. Saubere russische Sportler durften zwar in Pyeongchang starten, doch nur unter neutraler Flagge und mit dem Sonderstatus „Olympische Athleten aus Russland“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32088/11/320881167.jpg>

de.sputniknews.com: „Wir brauchen diesen Dialog“: Datum für Tagung von Nato-Russland-Rat bekannt geworden

Die Nato will trotz allen Differenzen und gegenseitigen Vorwürfe den Dialog mit Russland ein Stück weiter bringen. Vertreter der 28 Nato-Staaten und Russlands kommen am Donnerstag zusammen, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg dem „Spiegel“.

„Wir werden uns am kommenden Donnerstag zum Nato-Russland-Rat treffen, um den Dialog mit Russland fortzusetzen“, so der Nato-Chef. Nach seinen Worten ist der Dialog mit Russland nicht einfach, aber gerade deshalb ist er so wichtig.

„Wir brauchen diesen Dialog, um unsere Beziehungen zu verbessern und die Spannungen zu reduzieren“, sagte er weiter.

Bis 2014 kooperierten Russland und die Nato in vielen Bereichen, wie beispielsweise bei der Entwicklung eines ferngesteuerten Systems zur frühzeitigen Erkennung von Sprengfallen. Außerdem stellte Russland die Logistik für den Transit von Nato-Frachten nach Afghanistan sicher. Auch führten die beiden Seiten gemeinsame Manöver durch. Seit Juli 2017 hat der

Nato-Russland-Rat nicht mehr getagt.

Dan-news.info: Eine Trauerkundgebung „Donezker Himmel“ im Gedenken an die Opfer des ersten Angriffs der Luftwaffe der ukrainischen Streitkräfte auf Donezk fand heute im Zentrum der Hauptstadt der Republik statt.

Die Versammelten ehrten das Andenken der Toten mit einer Schweigeminute. Die Teilnehmer zündeten Kerzen an und ließen schwarze Luftballons mit der Abbildung durchgestrichener Geschosse aufsteigen.

Die Gedenkveranstaltung wurde auf Initiative der gesellschaftlichen Organisation „Oplot Donbassa“ organisiert. An ihr nahmen das Mitglied der Leitung der Organisation Alexandr Kurenkow, der Vorsitzende der gesellschaftlichen Bewegung „Front des Odessaer Widerstands“ Igor Nomodruk, Abgeordnete des Volkssowjets der Republik, Soldaten der DVR, Schüler des republikanischen Internats mit verstärkter militärisch-sportlicher Ausbildung, Studenten der Donezker höheren allgemeinmilitärischen Offiziersschule und andere teil.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/05/dan-news.info-2018-05-26_09-17-27_582087-dsc_2314-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: „Die Russen waren es“: Die Hysterie englischer Medien am Beispiel CL-Finale in Kiew

Fans des englischen Fußball-Klubs „Liverpool“ sind am Vorabend des Finales der UEFA Champions League in Kiew von Hooligans angegriffen worden – ein Vorfall, der keineswegs erfreulich ist. Die Reaktionen englischer Medien darauf und ihr schnelles Ausfindigmachen des Schuldigen sind aber eine journalistische Katastrophe.

Am Samstag findet in der ukrainischen Hauptstadt Kiew das Finale der UEFA Champions League zwischen der englischen Mannschaft „Liverpool“ und dem spanischen „Real Madrid“ statt.

Schon die Tatsache, dass dieses Finale ausgerechnet in der Ukraine stattfindet, lässt zahlreiche Beobachter und Experten nur mit dem Kopf schütteln. Kiew, das mittlerweile zu einem

schwarzen Loch für Hilfgelder europäischer und amerikanischer „Partner“ geworden ist, wie auch solche namhaften NGOs wie Transparency International mehrfach konstatieren mussten, soll also das wichtigste Spiel dieser Champions League Saison abhalten dürfen. Selbst Vertreter der deutschen Medien zeigten sich von der Ortsauswahl nicht unbedingt erfreut.

„Ein UFO in der Tristesse“ bezeichnete etwa „Der Spiegel“ das bevorstehende Champions-League-Endspiel in Kiew.

Ausführlich beschrieb das Blatt den Verfall des ukrainischen Fußballs, der aus Korruption, finanziellen Problemen und Wettskandalen erwachse.

Nicht erwähnt dagegen wurde ein weiteres Problem – das der aggressiven Hooligan-Kultur in der Ukraine. An manchen Spielen der ukrainischen Liga kommt es teilweise zu Straßenschlachten mit über 100 Hooligans, wie etwa in Kiew Anfang November letzten Jahres.

Und genau dieses ist einigen britischen Fans gestern zum Verhängnis geworden. Die Engländer wurden mitten in der ukrainischen Hauptstadt Kiew von einer Bande Vermummter angegriffen.

Selbst ukrainische Beamte, die gerne hinter jeder Ecke eine „russische Gefahr“ sehen, hielten sich mit unbegründeten Anschuldigungen zurück.

Der Bürgermeister von Kiew, Vitalij Klitschko, bezeichnete den Vorfall etwa recht trocken als „Provokation“ und betonte, dass ukrainische Sicherheitskräfte bereits zwei der Provokateure festgenommen haben – von möglicher „russischer Spur“ keine Rede.

Doch britische Blätter haben es geschafft, selbst dort eine „russische Einmischung“ zu finden. Das britische Portal „Daily Star“ stellte nämlich klar – es waren bestimmt „russische Ultras“. Damit niemand die russische Spur übersieht, wurde das Wort RUSSIAN auch noch in Großbuchstaben geschrieben.

Auf welche Weise und warum russische Hooligans in der ukrainischen Hauptstadt auf Fans einer Mannschaft eines englisch-spanischen Finales einschlagen, wird selbstverständlich nicht genannt.

Die einzigen beiden Indizien, auf die sich das Blatt bezieht, sind, dass unbestätigten Gerüchten zufolge einige Männer am Vorfallort angeblich „Russisch gesprochen“ haben sollen sowie möglicherweise „russische Wörter auf ihren T-Shirts“ hatten.

Das Blatt behauptet dabei, dass in Kiew "13 Prozent" der Bevölkerung Russen sind, erwähnt aber leider nicht, dass ein großer Teil der Ukrainer selbst Russisch spricht.

Und so bleibt es beim fast schon gewohnten Muster. Wenn sich etwas Negatives für die Briten ereignet, so sind es Russen, die es waren. Das gilt sowohl für Vorfälle in England selbst (Skripal-Vergiftung), Themen der internationalen Politik (angebliche Giftgas-Angriffe in Syrien) oder nun eben auch Fußball.

Als Belege werden Gerüchte, Spekulationen, wilde Interpretationen oder einfach nur Ausgedachtes vorgezeigt. Konkrete Beweise sind aus London in keinem dieser Fälle (wie auch in vielen anderen Fällen) jemals gekommen.

Unter Internetnutzern ist hierzu mittlerweile ein Hashtag verbreitet, mit dem man auf die andauernde russophobe Hysterie angelsächsischer Medien hinweist — #TheRussiansDidIt
Zu Deutsch: „Die Russen waren es“ oder „Die Russen haben es getan“.

Einsetzbar ist der Hashtag wohl in jeder Situation, in der man schnell einen Schuldigen finden will.



<https://pbs.twimg.com/media/Cz2eYsaUsAANwYD.jpg>

ukrinform.ua: Turtschynow; Russland konzentriert Truppen an der Grenze zu Ukraine
Die ukrainische Aufklärung meldet eine Anhäufung der russischen Truppen in der Nähe der Grenze zur Ukraine. Das kann eine Vorbereitung zu großen Provokationen und Angriffshandlungen sein.

Das erklärte der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Olexandr Turtschynow, bei einer Beratung mit der Führung des Militärs und der Sicherheitsbehörden im Gebiet der Operation der Vereinigten Kräfte (OVK) am Freitag, teilte die Pressestelle des Rates mit. Die Provokationen und Angriffshandlungen könnten zu jeder Zeit beginnen.

Turtschynow betonte weiter, dass das ukrainische Militär bereit sei, die Provokationen der russischen Besatzungstruppen abzuwehren. Ihm zufolge gab es binnen einer Woche die größte Zahl an Angriffen nicht nur auf Stellungen der ukrainischen Armee, sondern auch auf die Ortschaften im Gebiet. „Artillerie, Panzer, Raketenwerfer, die durch die Vereinbarungen von Minsk verboten sind, werden eingesetzt“, sagte er.

Nach Worten von Turtschynow wurden Gebiete in 30 Kilometer Tiefe angegriffen. Zivile Infrastruktur wurde zerstört, es gibt Opfer unter Soldaten und Zivilisten, betonte er. Der Ratssekretär besuchte heute die Stellungen der 24. motorisierten Danylo-Halytskyi-Brigade im Raum Horliwka, wo es die meisten Angriffe des Feindes in der letzten Zeit gab. Turtschynow stelle fest, die Koordination des Militärs mit der Nationalgarde, dem Sicherheitsdienst SBU und dem Grenzschutz habe sich seit Beginn der Operation der Vereinigten Kräfte erheblich verbessert.

Olexandr Turtschynow besuchte am Freitag den Donbass wegen einer Verschärfung der Lage in der letzten Woche.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden hat das ukrainische Besatzungskommando wieder großkalibrige Artillerie verwendet und die ganze Verlogenheit seiner Erklärungen über einen Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie und seine Unterstützung der erreichten Vereinbarungen bestätigt.

Die **größte Zahl von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer wurden **in Richtung Donezk** festgestellt. Beschossen wurden **Dokutschajewsk, Wasiljewka, Losowoje, der Jasinowataja-Bezirk, Mineralnoje und Spartak**, auf die die ukrainischen Kämpfer 23 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen haben. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Mariupol haben die Terroristen der ukrainischen bewaffneten Formationen auf das Gebiet von **Petrowskoje**, das sich unter unserer Kontrolle befindet, fünf Geschosse des Kalibers 122mm abgeschossen. Außerdem wurde **Dsershinkoje** mit Granatwerfern beschossen.

In Richtung Gorlowka haben die ukrainischen Kämpfer mit Schützenpanzerwagenwaffen **Werchnetorezkoje (nishneje)** beschossen und dabei etwa hundert Schüsse abgegeben. Auf **die Siedlung des Gagarin-Bergwerks und Sajzewo** hat der Gegner aktiv mit allen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen, auch mit großkalibrigen. Insgesamt haben die Besatzungskräfte in den letzten 24 Stunden **14 Mal** den Waffenstillstand verletzt.

In der letzten Zeit wird Petrowskoje viel Aufmerksamkeit zuteil.

Ich will gleich erklären, dass **Petrowskoje selbst unter unserer Kontrolle war und ist**. Und dass beim Kommando der ukrainischen Streitkräfte geografischer Kretinismus und eine vollständig fehlende Beherrschung der Lage vorhanden ist, wissen alle schon lange.

Beispielsweise haben in der letzten Zeit die lautstarken Erklärungen der miesen Kämpfer über die Einnahme von Jushnoje sie alle der Lächerlichkeit preisgegeben. Weil Jushnoje sich bereits seit 2014 unter Kontrolle der ukrainischen Besatzer befindet. Die Kämpfer wollten alle beeindrucken und verwandelten ihren grandiosen Abzug **nach einem erfolglosen Angriff auf Gorlowka in die Tschigarskij-Schlucht**, die ganz am Rand von Jushnoje liegt, in einen weiteren „Sieg“. Übrigens erinnern die ukrainischen Terroristen jetzt nicht einmal mehr ans Tschigari, weil dieser **Pseudosieg** für sie mit Dutzenden von Toten, dem Verlust einer beherrschenden Höhe und der Vernichtung von Militärtechnik einherging.

Selbst wenn sich in der Schlucht jetzt noch irgendwelche Verbrecher befinden, so befinden sie sich dort in einer unsicheren Lage, weil **alle beherrschenden Höhen unser** sind. Jeder Versuch, ihre Positionen zu verbessern oder friedliche Ortschaften zu beschießen, werden für sie mit neuen Verlusten enden.

Nach bestätigten Informationen haben die Terroristen der OOS bei Gorlowka in den letzten Tagen verloren: zwei Panzer, zwei Schützenpanzer, eine Antimörserstation (amerikanischer Herkunft), einige Mörser samt deren Mannschaften und mehr als zehn Fahrzeuge und Spezialmilitärtechnik. Jetzt wird dieses Altmetall aus der OOS-Zone geborgen und die ukrainischen Kämpfer und die Einwohner des Donezker Landes können dies mit eigenen Augen an den Eisenbahnstationen beobachten.

Jetzt gehen wir auf **Petrowskoje und die „graue Zone“ in seiner Nähe** ein. Ich will daran erinnern, dass dieses Gebiet im Grunde **gemäß der Rahmenvereinbarungen eine demilitarisierte Zone** ist, allein die Tatsache der Anwesenheit von Soldaten beider Seiten dort ist ein erschreckender Verstoß. Aber die ukrainischen Kämpfer spucken auf alles und rüsten ihre Positionen aus, ohne dies auch nur besonders gegenüber den OSZE-Beobachtern zu verheimlichen. Technische Arbeiten in diesem Gebiet werden unter Deckung von Feuer schwerer ukrainischer Artillerie durchgeführt, die systematisch nicht nur unsere Positionen, sondern auch Wohnhäuser und Objekte der zivilen Infrastruktur in Petrowskoje, Wiktorowka, Telmanowo beschießen.

Die USA gießen üppig „Öl ins Feuer“. Neben der Lieferung von Antipanzerkomplexen, mit denen die Ukraine jetzt mehr an einen Affen mit einer Granate erinnert, **ermutigt das State Department in jeder Weise die Einnahme der „grauen Zone“ durch die ukrainischen Kämpfer**. Solches Lob von seinen Herren fasst Poroschenko als Anleitung zum Handeln auf.

Aber obwohl es unter den ukrainischen und ausländischen Politikern viele Provokateure gibt, rufen wir das Kommando der OOS auf, nüchtern zu bleiben. Uns nicht zu entschiedenen erwidern Handlungen zu provozieren, in deren Folge alle Verletzter der Minsker Vereinbarungen ein weiteres Mal in Holzkisten aus der „grauen Zone“ nach Hause fahren werden.

In den sozialen Netzen und bei den Informationsagenturen werden immer mehr die Erfolge ukrainischer Partisanen erwähnt, die auf dem von den ukrainischen Streitkräften besetzten Teil des Donezker Landes Militärtechnik und Lager der ukrainischen Kämpfer in Brand setzten. Für das Kommando der OOS ist es unangenehm zuzugeben, dass vor ihrer Nase einfach Bergleute aktiv sind, die den Besatzungskräften in ihrem Hinterland kolossalen Schaden zufügen.

Ursache dieses Phänomens ist das Fehlen des Wunsches von Seiten der Kiewer Regierung und des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, die Kritik und Beschwerden ihrer Bürger anzuhören. Diese sind nun **vom Wort zur Tat übergegangen, weil alle Protestaktionen ignoriert oder brutal unterdrückt werden.**

Allein in den letzten zwei Wochen haben auf den Straßen von Dsershinsk, Awdejewka, Swetlodarsk Aktionen stattgefunden, bei denen die Bevölkerung das Kommando der Besatzungskräfte offen der Beschüsse ihrer Territorien, der Stationierung von verbotenen Waffen in der Nähe von Wohnhäusern, der Eröffnung des Feuers auf Ortschaften beschuldigt haben, wobei es sich hinter örtlichen Einwohnern als lebendem Schild versteckt. Aber alle Beschwerden wurden bisher nicht gehört. In diesem Zusammenhang **haben die Menschen begonnen, selbst Ordnung zu schaffen.**

Wir haben bereits Informationen über das Inbrandsetzen von zwei Panzern bei Awdejewka und in Dsershinskoje, von zwei Geländefahrzeugen in Jushnoje, die von Kommandeuren genutzt wurden, sowie von einem Lastwagen im gleichen Ort. Ein Teil der Militärtechnik ist in Höfen von Wohnhäusern und an Autostraßen abgebrannt, wo sie von den miesen Kämpfern als defekt für die Nacht zurückgelassen wurden.

Ein solcher Kampf gegen die ukrainischen „Befreier“ hat sich unter der Besatzung entwickelt. Dies unterstreicht ein weiteres Mal, dass niemand die ukrainische nationalistische Armee im Donbass sehen will. Und ihre heuchlerisches Kommando wird verachtet.

Und zum Abschluss: in unsere Hände sind **Dokumente** geraten, die die **Regeln zur Bewertung der Ergebnisse von Kampf- und Spezialaufgaben durch die Terroristen der OOS** festlegen. Diesen entsprechend werden die **ukrainischen Kämpfer gezwungen, Foto- und Videobeweise der Vernichtung von Militärtechnik vorzulegen.** Diese Entscheidung des „blutigen Humanisten“ und „Selbst-PRLers“ Najew wurde getroffen, nachdem er genug davon hatte, falsche Berichte des Pressezentrams des Stabs der OOS über erdachte Siege und täglich Dutzende unserer getöteten Soldaten zu lesen. Und Fake-Siege seiner Verbrecher zu sehen, beispielsweise in inszenierten Videos über die Vernichtung von Technik auf den Positionen der DVR, die auf Truppenübungsplätzen der Ukraine aufgenommen wurden. Und auch die neue Perle, Fake-Massenmedien der Ukraine haben eine Informationen über die Vernichtung einer unserer Drohnen verbreitet, die sich tatsächlich als eine ukrainische Drohne von Type Tu-141 „Strish“ erwiesen. Ukrainische Spieltruppen starten ihre alte, abgeschriebene Technik als Luftziele für Luftabwehrübungen, schießen sie ab und die Trümmer stellen sie als weiteren Sieg dar.

Nach solchen Fakes haben die demoralisierten Kämpfer der Besatzungs- und Terrorkräfte begonnen, immer häufiger ihre Unzufriedenheit mit ihrem Kommando zum Ausdruck zu bringen. Dieses wird beschuldigt, die Lage nicht zu beherrschen, des Scheiterns aller Spezialoperationen und des Betrugs an seiner Bevölkerung, auf deren Schultern der Ersatz des materiellen Schadens, der durch das miese Kommando in der Folge von Kämpfen entsteht, lastet.

Gerade zur Beruhigung der demilitarisierten Kämpfer der OOS ist Turtschinow selbst auf dem

von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorium eingetroffen. Er hat ein weiteres Mal beschlossen, persönlich seine Spieltruppen, die durch Niederlagen und Verluste niedergedrückt sind, aufzumuntern. Und auch um eine Reihe von Beschwerden gegenüber Najew und seiner engeren Umgebung aufgrund von inkompetenten Aktivitäten vorzubringen.

de.sputniknews.com: Briten sollten sich Beispiel an Franzosen nehmen: Botschaft zu Cybersicherheit

Die russische Botschaft in London hat die Vorwürfe gegenüber Russland wegen angeblicher Cyber-Attacken kommentiert und den britischen Behörden empfohlen, lieber mit Russland im Bereich der Cybersicherheit zusammenzuarbeiten. Dies geht aus einer Mitteilung des Pressesprechers hervor, die auf der Webseite der Botschaft veröffentlicht ist.

Britische Behörden und Medien würden Russland immer wieder haltlos vorwerfen, Cyber-Angriffe zu verüben oder Cyber-Gefahren zu bereiten: Erst am Mittwoch habe der britische Generalstaatsanwalt Jeremy Wright bei seinem Auftritt in einer Cyber-Sicherheitskonferenz der Denkfabrik „Chatham House“ Russland vorgeworfen, im Dezember 2017 Cyber-Attacken unter Verwendung des Schadprogramms NotPetya verübt zu haben, heißt es in der Mitteilung. „Wir möchten darauf hinweisen, dass die russische Seite Großbritannien mehrmals vorgeschlagen hat, Beratungen im Bereich der Computersicherheit abzuhalten, bei denen alle bestehenden Fragen mit Fakten in den Händen gründlich und sachkundig besprochen werden könnten“, so die russische Botschaft.

Diese Initiative sei vom russischen Außenminister Sergej Lawrow in Verhandlungen mit seinem britischen Amtskollegen Boris Johnson angekündigt worden. Allerdings habe London die Vorschläge Moskaus „einfach ignoriert“.

„Offenbar sollte die britische Seite sich ein Beispiel an ihren französischen Kollegen nehmen, die sich bereit gezeigt haben, einen Dialog im Bereich der Cybersicherheit mit Russland zu führen“, heißt es weiter in der Mitteilung. Auch der französische Präsident Emmanuel Macron habe bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Donnerstag bestätigt, dass diese Probleme im bilateralen Format behandelt werden sollten und dass Russland und Frankreich sich in dieser Frage verständigt haben.

„Er (Macron) betonte, dass diese Aktivitäten zur Stärkung der Sicherheit und zur Erarbeitung von gemeinsamen Verhaltensregeln beitragen werden. Es ist schade, dass Großbritannien außerhalb des Dialogs bleibt. Allerdings ist es durchaus möglich, dass das Land dazu nicht bereit ist“, so die russische Botschaft.

Ukrinform.ua: Am 29. Mai empfängt Poroschenko in Kiew den Bundespräsidenten Steinmeier

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier besucht auf Einladung von Petro Poroschenko die Ukraine am 29./30 Mai, teilt der Pressedienst des ukrainischen Staatschefs mit.

Es ist geplant, dass die Politiker ein breites Spektrum von Fragen der bilateralen und vielseitigen Zusammenarbeit sowie Wege zur weiteren Unterstützung der europäischen und euroatlantischen Integration der Ukraine durch Deutschland erörtern werden. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Situation im Donbass und die Frage der Entsendung der UN-Friedensmission in besetzte Gebiete der Region gelegt.

Sie werden außerdem vor die Presse treten.

Des Weiteren sieht das Besuchsprogramm des deutschen Bundespräsidenten in der Ukraine eine Reise nach Lwiw vor.

de.sputniknews.com: Trotz allem Druck: Italien wirbt für Abschaffung der Russland-Sanktionen

Italien will das erste EU-Mitglied werden, das auf die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland setzt, hieß es am Samstag von dem Abgeordneten des italienischen Parlaments Paolo Grimoldi.

„Die neue Regierung, die ihre Arbeit gerade aufgenommen hat, wird sich mit der Frage einer möglichen Abschaffung der Russland-Sanktionen beschäftigen. Wir wissen, dass wir deswegen unter Druck kommen werden, das wird ein sehr schwieriger Prozess werden. Aber wir sind entschlossen, die erste Regierung in der EU zu werden, die in ihrer Politik dafür steht“, sagte Grimoldi am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg. Betont wurde auch, dass dies (Abschaffung der Sanktionen – Anm. d. Red.) Gegenstand der beidseitigen Interessen sei....

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Strafruppen **fünfmal** das Regime der Feueinstellung verletzt.

Die Terroristen haben die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowka, Molodjoshnoje, Logwinowo und Shelobok** beschossen.

Im Verlauf von Beschüssen haben die ukrainischen Terroristen von den Minsker Vereinbarungen verbotene 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden mehr als 90 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Im Zeitraum vom **28. Mai bis 8. Juni 2018 besucht eine internationale Delegation unter Leitung des besonderen Berichterstatters des UN-Menschenrechtsrats den Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppe „Nord“**. Im Zusammenhang damit schließen wir eine Wiederholung von **inszenierten Beschüssen** von Wohngebieten auf von Kiew kontrollierten Territorien durch ukrainische Truppen nicht aus, mit denen die Volksmiliz der LVR in den Augen der Weltöffentlichkeit diskreditiert werden soll.

Die ukrainischen Truppen verstärken weiter in einer Reihe von Ortschaften entlang der Kontaktlinie Positionen in technischer Hinsicht.

In den Einheiten und Truppenteilen in der OOS-Zone sinkt das moralisch-psychische Niveau des Personals weiter ab, in der Folge wächst die Zahl derjenigen, die eigenmächtig die Einheiten verlassen. In den letzten 24 Stunden wurde von uns mindestens fünf solcher Fälle festgestellt.

Am 26. Mai wurden **zwei von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte geflohene Soldaten** der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte von wachsamen Soldaten der Volksmiliz der LVR entdeckt und beim Versuch, die sogenannte „graue Zone“ zu durchqueren, **festgenommen**.

Im Verlauf eines ersten Gesprächs mit ihnen wurde festgestellt, dass es in den Einheiten der 14. Brigade keine militärische Disziplin gibt, maßloser Alkoholismus und Drogenkonsum blühen. Die Mehrheit der Soldaten will nicht an Kämpfen teilnehmen. Trotz der lautstarken Erklärung der militärisch-politischen Führung der Ukraine nach dem Beginn der Operation der Besatzungskräfte geht die Degradation in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte weiter. Nach den Worten der Festgenommenen hat sich seit dem Beginn der sogenannten OOS die Lage in den Einheiten nur verschlechtert, das Defizit an Personal vergrößert sich, Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils nehmen zu und unter dem Personal, das in den Einheiten verblieben ist, ist es normal, Befehle der Kommandeure zu ignorieren oder offen zu verweigern.

Der Kommandeur der Brigade befasst sich nur mit Angeberei und persönlicher Bereicherung und zwingt seine Untergebenen, Gelder für Fahrzeug und Personenverkehr an den Posten der

Brigade in ihrem Verantwortungsbereich einzuziehen.

Heute haben große gemeinsame Übungen mit den militärischen Behörden der LVR geendet. Bei den Übungen wurde davon ausgegangen, dass ein Gegner, der bei Militärtechnik und Personal überlegen ist, einen Versuch eines großflächigen Angriffs an einem breiten Frontabschnitt unternommen hat und bezüglich der Richtung des Hauptschlags getäuscht hat. Vom gemeinsamen Stab unter Leitung des Republikoberhauptes wurde die Entscheidung getroffen, einen Verteidigungskampf der vereinigten Kräfte der Einheiten der Volksmiliz, des Innenministeriums und des Staatssicherheitsministeriums zu führen. Es muss gesagt werden, dass das Ausmaß der Veranstaltung alle Erwartungen übertroffen hat. Wir haben eine kolossale Erfahrung in der gemeinsamen Aktivität erlangt und unser Kampfpotential der Verteidigungskräfte der Republik um ein Mehrfaches vergrößert.

Frage: OSZE-Beobachter haben schwere Waffen und Technik in Wohngebieten von Tjoploje (Abwehrraketekomplexe „Strela-10“ und Panzertransporter) entdeckt sowie Waffen in einer Reihe von Abschnitten an der Kontaktlinie, wie können Sie das kommentieren? Stellen Sie eine Zufuhr von Technik der ukrainischen Streitkräfte zur Kontaktlinie fest oder ist das Technik, die auch zuvor auf diesen Positionen war?

Antwort: Auf Befehl des Kriegsverbrechers Najew wird an der Kontaktlinie eine große Zahl von Waffen und Technik zusammengezogen. Nach Beginn der „OOS“ hat sich die Konzentration von Technik etwa auf das 2,5fache vergrößert. Diese Aktivitäten gehen im Hinblick auf die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen den Punkten der Realisierung einer friedlichen Regelung der Situation im Donbass entgegen. Diese Tatsache stellen nicht nur wir, sondern auch die internationalen Beobachter fest.



[http://img.lug-info.com/cache/e/a/\(10\)_Pasechnik1.jpg/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/e/a/(10)_Pasechnik1.jpg/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: US-Sanktionen gegen Venezuela sind kontraproduktiv – russisches Außenamt

Der Sanktionsdruck der USA auf Venezuela ist absolut kontraproduktiv und Russland kann keine restriktiven Maßnahmen ergreifen, die außerhalb des bestehenden internationalen Verfahrens verhängt werden. Dies hat der Leiter des Departments für Lateinamerika beim

Außenministerium Russlands Alexander Schtschetinin erläutert.

Russland könne grundsätzlich keine Sanktionsmaßnahmen ergreifen, die außerhalb des bestehenden internationalen Verfahrens, nämlich des UN-Sicherheitsrats, verhängt werden. Dies habe der russische Präsident, Wladimir Putin, auf dem Wirtschaftsforum in Sankt-Petersburg im Zusammenhang mit dem Iran gesagt, betonte er. Dies gelte aber auch in vollem Umfang für die Situation in Venezuela.

Der Sanktionsdruck auf Venezuela sei absolut kontraproduktiv, denn unabhängig von den erklärten Zielen würden sie mit ihrer „Keilspitze“ die wirtschaftliche Lage des Landes und das Leben der Venezolaner, ihre wirtschaftliche und soziale Situation, verschlechtern, so Schtschetinin weiter.

Zuvor hatte das Außenministerium von Venezuela die neuen US-Sanktionen als ein Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet.

Am 21. Mai unterzeichnete US-Staatschef Donald Trump eine Anordnung, welche US-Bürgern und juristischen Personen jegliche mit der Staatsverschuldung Venezuelas zusammenhängende Tätigkeiten verbietet.

Abends:

de.sputniknews.com: Georgien nennt „erhofftes“ Datum für Nato-Betritt

Seit längerer Zeit will das südkaukasische Land Georgien der EU und der Nato beitreten. Nun hat der georgische Premierminister, Giorgij Kwirikaschwili, erstmals das Jahr genannt, in dem er den Betritt zur Nato als möglich ansieht.

Laut Kwirikaschwili könnte es im Jahr 2021 so weit sein. Zuvor waren nie konkrete Daten für die Nato-Mitgliedschaft genannt worden.

„Wir haben große Hoffnung, dass im Jahr 2021, wenn Georgien das hundertjährige Jubiläum der sowjetischen Besatzung begehen wird, unser Land in der Lage sein wird, dieses Datum mit dem Status eines vollwertigen Nato-Mitglieds zu begrüßen“, sagte Kwirikaschwili während einer Diskussion im Parlament.

Außerdem hoffe die georgische Seite, dass die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Nordatlantische Allianz „die Kraft finden, die Konsolidierung dieser wichtigen Entscheidung durchzuführen.“

Der Premierminister wies darauf hin, dass die Nato-Mitgliedschaft wichtig sei, um die Sicherheit des Landes zu stärken.

"Georgien arbeitet täglich daran, ein Mitglied der europäischen und euroatlantischen Gemeinschaft zu werden", fügte Kwirikaschwili hinzu.

de.sputniknews.com: Gazprom und Türkei einigen sich über Landabschnitt von Turkish Stream

Der russische Erdgaskonzern Gazprom und die türkische Regierung haben am Samstag ein Protokoll über den Landabschnitt des zweiten Stranges der Gaspipeline „Turkish Stream“ unterzeichnet. Dies geht aus einer Mitteilung hervor, die auf der Webseite des russischen Unternehmens veröffentlicht ist.

Die Gaspipeline solle für Gaslieferungen an europäische Verbraucher genutzt werden, wird in der Mitteilung betont.

Darüber hinaus schlossen Gazprom und das staatliche türkische Öl- und Gastransportunternehmen BOTAS ein Abkommen über die wichtigsten Bedingungen und Parameter des Baus.

Laut Gazprom ermöglicht die Unterzeichnung dieser Dokumente die praktische Umsetzung

des Projekts. Mit dem Bau des Landesabschnitts der Gaspipeline soll das Joint-Venture TurkAkim Gaz Tasima A.S. beauftragt werden, das auf paritätischer Grundlage gebildet werden soll.

Lug-info.com: Sendung im Fernsehsender „Lugansk24“ mit dem Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik u.a. über das Fünfjahresprogramm zur sozialökonomischen Entwicklung der LVR „Unsere Wahl“ (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Ich bin überzeugt davon, dass wir dieses Programm umsetzen können. Die Entscheidung, dass dieses Programm allgemein diskutiert werden soll, habe ich nicht spontan getroffen, weil ich in diesem Moment wusste und auch jetzt weiß, dass es für uns, für die Führung der Republik und für mich sehr wichtig ist, alle Teile der Bevölkerung zu hören, die hier in der Republik leben, jeden zu hören und zu versuchen, alle Probleme und Wünsche in unserem Programm zum Ausdruck zu bringen.

Dazu habe ich Treffen mit Vertretern aus den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, mit Bergleuten, der Kommunalwirtschaft, der Metallindustrie durchgeführt. Ich habe mich mit sehr vielen Menschen getroffen, außerdem haben meine Assistenten daran gearbeitet. Etwa 70.000 Menschen haben Vorschläge eingebracht, dafür danke ich sehr. Danke an alle, die diesem Programm gegenüber nicht gleichgültig waren, die überhaupt eine aktive Positionen haben und in einer guten Republik leben wollen und daher ihre Vorschläge, Meinungen, Gesichtspunkte, wie sie unsere weitere Existenz sehen, eingebracht haben. Dass wir uns in einer ökonomischen, politischen Blockade befinden, wirkt sich natürlich negativ auf unsere Möglichkeiten aus. Aber ich will sagen, dass wir dank Russland, dank unseren großen Brüdern die Möglichkeit haben, alle die erwähnten Maßnahmen und Pläne zu verwirklichen, die wir für die zukünftige Perspektive festgelegt haben.

Das Grundlegende ist natürlich der Aufbau der Staatlichkeit, der Aufbau aus Ruinen, Wiederaufbau und Entwicklung unserer Wirtschaft, der Bildung und des Gesundheitswesens. Leider befindet sich die Kohlewirtschaft auch nicht in einem besonderen guten Zustand, um es so zu sagen. Unter den besten Bedingungen arbeiten die Bergwerke, die mit „Wneschtorgservis“ arbeiten, also die, die unter äußerer staatlicher Leitung stehen. Aber wir vergessen auch nicht unsere staatlichen Betriebe, erarbeiten Programme.

In dem Programm wurden auch die Vorschläge der Bergleute berücksichtigt. Wir überlegen, wie wir den Absatz organisieren können. Derzeit ist das schwierigste und wichtigste Problem der Absatz der Kohle, die wir fördern. Ich bin überzeugt, dass wir damit klar kommen. Das Programm gilt für fünf Jahre, aber ich denke, wir werden alles uns Mögliche tun, um diese Branche so schnell wie möglich wiederaufzubauen, dieser Industriezweig, der für unser Gebiet grundlegend ist, damit er mit voller Kapazität und im Interesse der Republik arbeitet. Die grundlegende Aufgabe ist es, dass die Einwohner unserer Republik mit Begeisterung auf das Programm eingegangen sind. Ich bin überzeugt, dass wir Konstrukteure und Ingenieure haben werden. Wir werden Fabriken aufbauen können, wir werden unsere Industrie wieder aufbauen können, daran habe ich keinen Zweifel.

Natürlich werden wir die Reserve und die Hilfe nutzen, die uns die RF erweist. Denn ohne sie wird es natürlich sehr schwer sein. Aber mit ihrer Hilfe öffnen sich uns große Perspektiven und mit Unterstützung bei allen diesen Maßnahmen wird bei uns alles gelingen.

Die Ukraine hat beim Abzug die Unternehmen des Donbass in sehr beklagenswertem Zustand hinterlassen. Das Altschewsker Metallkombinat hat einfach auf Verschleiß gearbeitet, Reparaturen gab es nur am Verwaltungsgebäude.

Ich und mein Team arbeiten daran, dass im Rahmen der Integration hier in unserer Republik und in der DVR die Produktion von Hochdruckleitungen mit großem Durchmesser organisiert wird.

Bis Ende Mai, spätestens Anfang Juni reparieren wir die Stromleitungen, die das Altschewsker Metallkombinat versorgen, das dann seinerseits die Walzstahlproduktion in

Betrieb nimmt. Dieser Stahl kann dann für die Produktion von Rohren verwendet werden, die wir in Donezk produzieren werden.

Diese Rohre werden vor allem für den Wiederaufbau des Wasserversorgungssystems in der Republik verwendet werden.

Wir haben alle Bohrlöcher erhalten, wenn wir diese wieder in Betrieb nehmen, werden wir die Republik vollständig mit Wasser versorgen können.

Die Regierung hat Zölle für die Einfuhr von Hühnerfleisch aus dem Ausland festgelegt, weil wir derzeit leider nicht mit den Preisen des weißrussischen Hühnerfleisches konkurrieren können.

Ich will nicht, dass das importierte Produkt auf dem Markt für 80 Rubel verkauft wird und rentabel, während bei uns die Produzenten einen Selbstkostenpreis von mehr als 90 Rubel haben.

Und nun haben wir begonnen, unsere Geflügelzuchten in Tschernuchino und Iswarino zu entwickeln, so dass die Zölle perspektivisch wegfallen können.

Die im Plan vorgesehene Erhöhung der Gehälter für Lehrer auf 10.500 Rubel bis 2023 ist völlig real.

Wir gehen in Richtung des Wiederaufbaus der Produktion. Ich wiederhole noch einmal, dass die Anhebung der Gehälter für Lehrer und für Ärzte jetzt sehr wichtig und notwendig ist.

Wir dürfen natürlich auch alle übrigen nicht vergessen, das sind auch Rentner, die äußerst geringe Renten und Sozialzahlungen erhalten. Aber ich möchte, dass die Menschen, die mit unseren Kindern arbeiten, die uns medizinisch behandeln, dass sie versorgt sind, dass sie ihre Familien ernähren können. Das ist äußerst wichtig.

Ich werde alles mir Mögliche tun, um dieses Versprechen zu halten und ich verspreche es zu erfüllen. Ich denke, dass es die Möglichkeit geben wird, das zu tun, wir alle zusammen, wenn wir die Wirtschaft in Betrieb nehmen. Unser Ausweg liegt nur in der Entwicklung der Wirtschaft, das ist ein Axiom.

Ich will in erster Linie allen Lehrern danken, die hier geblieben sind. Ich meine, dass wir sehr gute Lehrer haben.

Unsere Hochschulen haben sich ihrerseits auf dem gesamten Territorium der Ukraine, auf dem Territorium Russlands ausgezeichnet, wir sind weit über unsere Grenzen hinaus bekannt. Wir haben gute Spezialisten ausgebildet.

Nun ist unsere Aufgabe, diese Spezialisten mit Arbeit zu versorgen, sie heranzuziehen, zu interessieren, über ihre finanzielle Versorgung nachzudenken, ihnen Möglichkeit zu geben, etwas zu tun, zu entwickeln, damit sie die Ergebnisse und Früchte ihrer Arbeit sehen.

In der Vorkriegszeit, das ist kein Geheimnis, sind sehr viele unserer Wissenschaftler, Kernphysiker, Maschinenbauer usw. ins Ausland gegangen, sie konnten bei uns keine Aufnahme finden. Weil sie diese Korruption, Bürokratie nicht überwinden konnten, die unseren Ländern, den ehemaligen Republiken der Sowjetunion im postsowjetischen Raum zu eigen war.

Mir scheint, dass jetzt notwendigerweise etwas getan werden muss, dass es die Möglichkeit gibt, sich hier zu verwirklichen. Wenn nicht bei uns, dann zumindest in Russland, aber dass sie für uns für unsere Kinder und unser Territorium arbeiten.

Das schwierigste Moment ist die Bekämpfung der Korruption. Es ist sehr schwer, einen Menschen, der daran gewöhnt ist, nicht zu arbeiten, sondern einzusammeln, dieses zu nehmen. Aber einen anderen Weg gibt es nicht.

Das gibt es nicht nur bei uns, wir können die gesamte russische Welt verlieren, wenn wir unsere Ideologie jetzt nicht ändern, wenn wir das nicht ändern. Mir scheint, dass darin unser Sieg liegt.

Denn man könnte uns durch diese Korruption zerstören. Bei uns im Donbass lebten immer kluge, arbeitsliebende Menschen. Der Donbass hat sich immer seiner Arbeit gerühmt.

Bergmannsarbeit, Maschinenbau, Metallindustrie – dies alles hatten wir, wir haben all dies

getan, dies war eine Kaderschmiede, eine Metallschmiede, eine Schmiede des Maschinenbaus und der Kohle. Wir hatten alles, es gab gute Getreideernten. Dies konnte nicht im Nichts verschwinden. Alles hängt nur von uns ab, nur von unserem Durchbruch, nur von unserem Wunsch, und wenn wir diesen Durchbruch in das richtige Gleis bringen, werden die ersten fünf Jahre die Früchte dieser Arbeit zeigen.

Um ein vollständiges Funktionieren aller Bereiche im Staat zu erreichen, brauchen wir mehr als zehn Jahre.

Nach dem ersten Fünfjahresplan wird es einen zweiten geben, aber wenn wir dem ersten Fünfjahresplan jetzt eine Richtung geben, so wird er positive Resultate bringen, davon bin ich überzeugt, und dann wird der zweite Fünfjahresplan intensiv und interessant werden.

Wenn unsere Einwohner sehen, dass wir bauen, für ihrer aller Wohl schaffen, für unser gemeinsames Wohl, so denke ich, werden wir Erfolg haben.

de.sputniknews.com: Russland und Japan interessiert an Frieden auf der koreanischen Halbinsel – Putin

Der russische Präsident Wladimir Putin und der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe haben am Samstag bei einem Treffen das Interesse beider Länder an der Erhaltung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel bekräftigt. Außerdem haben die Spitzenpolitiker die Frage eines Friedensvertrags zwischen Russland und Japan besprochen.

„Bei der Erörterung der akuten internationalen Probleme haben wir besondere Aufmerksamkeit der Situation auf der koreanischen Halbinsel gewidmet und unser Interesse an der Erhaltung der Atmosphäre des Friedens in dieser Region bekräftigt. Wir sind der Meinung, dass alle Teilnehmer dieses Prozesses Zurückhaltung üben, eine neue Runde der Konfrontation verhindern und die Situation auf dem politisch-diplomatischen Feld erhalten sollen“, sagte Putin nach den Verhandlungen mit Abe.

Die Spitzenpolitiker besprachen außerdem das Thema Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Russland und Japan. „Ich halte es für wichtig, die Suche nach einer Lösung fortzusetzen, die den strategischen Interessen Russlands und Japans entspricht und von den Völkern beider Länder akzeptiert wird“, betonte Putin.

Die Gespräche zwischen Putin und Abe fanden vor dem Hintergrund der unklaren Situation mit dem USA-Nordkorea-Gipfel statt, auf den aus der Sicht der Entspannung in der Region große Hoffnung gesetzt wurde. Das Gipfeltreffen war für den 12. Juni geplant, aber US-Präsident Donald Trump sagte es ab. Später schloss der US-Staatschef jedoch nicht aus, dass der Gipfel doch stattfinden wird. Am 26. Mai teilte die Sprecherin des Weißen Hauses, Sarah Sanders, mit, das Team von Trump solle wie geplant nach Singapur reisen, um die entsprechenden Vorbereitungen für den Gipfel zwischen den USA und Nordkorea zu treffen.

de.sputniknews.com: Wegen Geschäften auf der Krim: Kiew fordert Sanktionen gegen europäische Firmen

Die Ukraine wird der EU und den USA ihre Initiativen zur Verschärfung der antirussischen Sanktionen vorschlagen. Dies teilte der Vize-Chef der sogenannten Vertretung des ukrainischen Präsidenten in der autonomen Republik Krim, Iset Gdanow, gegenüber der Nachrichtenagentur „Ukrinform“ mit.

„Wir bereiten einige Vorschläge für die EU und die USA in Bezug auf die Einführung von Sanktionen gegen einzelne Subjekte vor, und zwar gegen europäische Firmen, die am Bau des Krim-Brücke teilgenommen haben. Es gibt recht viele Unternehmen, die dabei geholfen haben“, sagte Gdanow.

Außerdem werde Kiew Sanktionen gegen russische Firmen vorschlagen, die ihre Geschäfte auf der Schwarzmeerhalbinsel und gleichzeitig in den EU-Ländern sowie in den USA haben und damit „gegen das Völkerrecht verstoßen“ würden.

Am Donnerstag hat die Ukraine die Verhängung von neuen Sanktionen gegen Russland angekündigt. In die Sanktionsliste wurden 1748 natürliche und 756 juristische Personen, darunter auch russische Medien, aufgenommen....